

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

## Die Friedenspolitik der Schweiz möge in der ganzen Welt erklingen!



Liebe Leser!

Vom 10. bis 12. Mai hat das Neutrale Freie Österreich auf der **Bundesversammlung** in Innsbruck sein **10-jähriges Bestehen** gefeiert.

Wir ehrten verdiente Mitglieder, es gab ausgezeichnete Vorträge von Dr. Yvette Estermann und Prof. Heinrich Wohlmeyer, und nicht zuletzt einen beeindruckend emotionalen Diskussionsbeitrag von Prof. Hans Klecatsky. In diesem Heft wird darauf mehrmals Bezug genommen.

Die Mitgliederversammlung verabschiedete auch eine Resolution, in der Ergänzungen zu unserem Programm formuliert wurden. Sie kann auf der NFÖ-Netzseite gelesen oder auf Wunsch zugesendet werden.

Der Höhepunkt war zweifellos die **Verleihung eines alternativen Friedenspreises** an die Schweiz, ein Akt, der nicht gerade alltäglich ist und vermutlich einer kleinen politischen Initiative weder zugetraut noch von den politischen Eliten gebilligt worden wäre.

Aber wir hatten gute Gründe, diesen unkonventionellen Weg zu beschreiten.

Hätten wir vielleicht unsere fremdbestimmte Bundesregierung bitten sollen, sie möge der Schweiz endlich einen alternativen Friedenspreis verleihen, wenn dieses „ministeriale Kolonialorgan“ – allen voran Bundeskanzler Faymann – die Zuerkennung des Friedensnobelpreises an die mit der Nato verbündete EU geradezu mit Lobeshymnen überschüttet hat?

Wir waren und sind uns darin einig, dass nur ein Land auf diesem Globus vorge-

zeigt hat, wie Friedenspolitik verwirklicht wird, nämlich die „Schweizerische Eidgenossenschaft“.

So haben wir uns entschlossen, diese Auszeichnung in Form der **Übergabe einer Friedensglocke** zum Ausdruck zu bringen und freuten uns sehr, dass die Schweizer Nationalrätin Dr. Yvette Estermann, den Preis entgegen genommen hat. Die Friedensglocke wird an einem geeigneten Ort ihren Platz finden und

sehen hat. Kluge Eltern warnten ihre Kinder vor dem Schuldenmachen und ihre Argumente klangen einleuchtend:

*Man muss sich in Geduld üben können, nicht alles gleich haben oder kaufen wollen. Erst wenn man das nötige Geld angespart hat, ist der richtige Zeitpunkt zum Erwerb oder Konsum einer Ware gekommen. Außerdem kostet ein Kredit Zinsen und Spesen und vor allem würde man dadurch in eine Abhängigkeit geraten.*



**Erstmaliges gemeinsames Läuten der Friedensglocke am 11. Mai 2013**

Am Seil (v.r.): G. Grüner, Y. Estermann, R. Pomaroli, H. Klecatsky, H. Wohlmeyer, M. Ortner, N. Steiner, S. Eder, F. Danner.

hinaus in die Welt tönen, aber auch die Schweiz an ihr hohes Ideal, ihren Friedensauftrag und ihre Neutralitätsverpflichtung immer wieder erinnern, so wie es der Widmungstext auf der Glocke ausdrückt: „Die Friedenspolitik der Schweiz möge in der ganzen Welt erklingen!“

Ein anderes Thema, das jedoch in gewisser Weise mit Frieden im Sinne von Zufriedenheit zu tun hat, möchte ich noch gern „anklingen“ lassen. Die Zeiten liegen nicht so lange zurück, da man das Schuldenmachen als unanständig ange-

### Inhalt:

- Bundesversammlung .....S. 1-2
- Hypo Alpe Adria .....S. 2
- Testfall Zypern .....S. 3-4
- Steuerprivilegien f. Sportler ..S. 4
- Lesens- sehens- hörenswert S. 4
- Wussten Sie? .....S. 4-5
- Lesermeinungen .....S. 6
- Positives, Erfreuliches .....S. 7-8
- Veranstaltungen, Impressum ..S. 8

(Fortsetzung auf Seite 2)

Solche Überlegungen scheinen heutzutage unmodern zu sein. Offenbar wollen die Entscheidungsträger einen Bürger, der möglichst viel konsumiert, maximale Schulden anhäuft und durch Abhängigkeit so funktioniert, dass er zu einem **berechenbaren Wirtschaftsfaktor** („Humankapital“) wird.

Gerade in Zeiten wie diesen halte ich es für klüger, Konsum und Anschaffungen so moderat zu gestalten, dass weniger Schulden gemacht werden müssen und somit mögliche Krisen leichter bewältigt werden können.

Ihr  
Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli,  
Bundesobmann

In Anerkennung ihrer stetigen sowie vorbildlichen Friedenspolitik,  
*ihrer außergewöhnlichen Bemühungen zwischen Konfliktparteien in Europa und auf anderen Kontinenten zu vermitteln, ihres bereits 165 Jahre dauernden Gelingens, sich von kriegerischen Handlungen fern zu halten und die militärisch neutrale Distanz zu Konfliktparteien zu wahren, ist es uns Bedürfnis und Ehre zugleich, der*

**Schweizerischen Eidgenossenschaft**

die

**Friedensglocke**

zu verleihen.



Ausschnitt aus der Auszeichnungs-Urkunde an die Schweiz

## Hypo Alpe Adria und kein Ende – Dem Steuerzahler drohen Milliardenzahlungen

Wir haben uns an die häufigen Negativmeldungen zur Kärntner Hypo Alpe Adria (HAA) schon fast gewöhnt. Nun erfahren wir, dass es um diese Bank unter ihrem Aufsichtsratsvorsitzendem und ehemaligem Finanzstaatssekretär Johannes Ditz noch weitaus schlimmer steht als befürchtet.

Für EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia ist sie eine der meistsubventionierten Banken in der Europäischen Union und „*einer der längsten Fälle, mit denen wir uns seit Ausbruch der Finanzkrise auseinandersetzen müssen*“. Er fordert deshalb von Österreich die „Zerschlagung“ oder den „Zwangverkauf“ der HAA noch im heurigen Jahr.

Offenbar setzt man hier gezielt auf Zeitdruck, denn die EU-Kommission rechnet den Zeitraum, der von der EU gewährt wird, um solche „Wettbewerbsverzerrungen“ abzustellen, bereits ab 2008, als die HAA noch im Eigentum der Bayern Landesbank war, der österreichische Staat sie aber bereits subventionierte, und nicht ab 2010, als sie verstaatlicht wurde.

Dafür soll er jetzt von der EU auch noch bestraft werden. Paradoxer geht es wohl nicht mehr, denn in der derzeitigen Situation und unter diesem Zeitdruck wird es kaum möglich sein, die HAA, weder als Ganzes noch in Teilen, zu einem akzeptablen Preis loszuwerden.

Dem österreichischen Steuerzahler und Bankkunden drohen nun lt. Österreichischer Nationalbank Verluste bis zu 16 Milliarden Euro!

Finanzministerin Maria Fekter wäre gut beraten gewesen, ihr vor kurzem erfolgtes „Einlenken“ bei der Preisgabe der Namen der ausländischen Bankkunden von einer Regelung der Causa HAA im Sinne Österreichs abhängig zu machen. Denn immerhin haben österreichische Politiker diese unerträgliche Situation, in der Österreich als Bittsteller um Zeitaufschub auftreten muss, zu verantworten. Und der EU sollen sie diese 16 Milliarden Euro **von unserem Mitgliedsbeitrag abziehen!**

(Quellen: ORF 8. 5. 13; Deutsche Wirtschafts Nachrichten 27. 4. 13; Kronenzeitung 4. 5. 13)

**„Wir müssen wieder zu nationalem Geld kommen.**

**Die Geldmenge muss sich nach dem Wirtschaftswachstum richten!  
Geldmengenausweitung kommt sonst immer den Banken zugute.**

**Die Geldschöpfung muss zurück zum Staat!**

Aus der Rede von Prof. H. Wohlmeyer am 11. Mai d.J. anlässlich der NFÖ-Bundesversammlung in Innsbruck



# Testfall Zypern: Der EU steht das Wasser bis zum Hals

Die globale Finanzkrise ist auf dem Weg zur (kontrollierten) Katastrophe.

Die Trickser und Lügner auf der politischen Bühne und ihre medialen Helfershelfer versuchen natürlich, sowohl diese Tatsache, als auch die Rolle, die dabei den Vorgängen um die sogenannte „Zypern-Rettung“ als Krisen-Indikator zukommt, zu verschleiern und herunterzuspielen, mit den Argumenten, Zypern sei als Wirtschaftsgröße viel zu klein, um Bedeutung auf EU-Ebene zu haben, es handle sich im Grunde genommen nur um die Staatsschulden und um eine Korrektur des überdimensionierten Bankensektors Zyperns. Und außerdem, so Barroso, sei die Krise sowieso schon vorbei.

In Wahrheit zeigen die unglaublichen Tabubrüche gegenüber Zypern, dass die **Krise nunmehr eine neue Dimension erreicht** hat. Erstmals wurde das gesamte Bankensystem eines Landes ohne Vorankündigung für einige Zeit geschlossen („*Bankeinlagen sind eine sensible Sache, da muss man schnell handeln, daher macht man es am Wochenende*“, Wolfgang Schäuble). Großbanken wurden **auf Befehl der „Troika“ EZB, EU-Kommission und IWF** zwangsabgewickelt, Spareinlagen teilenteignet, ursprünglich alle, nach heftigen Protesten erst ab 100 000 Euro. Die demokra-

ehemalige Chef der Euro-Gruppe Juncker beschreibt das so: „*Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.*“ Sein Nachfolger Dijsselbloem plauderte zuletzt aus dem Nähkästchen und wies uns darauf hin, dass die **Enteignung von privaten Bankguthaben zur Tilgung der Bankschulden durchaus ein Modell der künftigen EU-Finanzpolitik** sein könnte. Nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die privaten Vermögen sollen also zur Sanierung der Pleitestaaten und vor allem des mit einer Bilanzsumme von ca. 300% des BIP aller EU-Staaten gigantisch überdimensionierten und hoffnungslos verschuldeten EU-Bankensektors herangezogen werden.

Das wirft nun ein bezeichnendes Licht auf das, was es mit der beabsichtigten EU-Bankenunion und dem ständigen Gerede von „Steuroasen“ und „Schwarzgeldkonten“ auf sich hat: **Den Anlegern soll jeder Fluchtweg vor dem Raub ihres Vermögens abgeschnitten werden.** Es



„Reich ist an Blumen die Flur,  
doch einige sind nur dem Auge,  
andere dem Herzen nur schön.“

Johann W. von Goethe

worbenem Vermögen. Dafür ist das **Strafrecht** zuständig und nicht das Finanzrecht. Oder will sich der Staat zum Hehler machen?

Und seien wir bitte nicht so naiv zu glauben, dass sich **die wirklich großen Konzerne, Trusts, Fonds und Stiftungen** maßgeblich besteuern oder etwas wegnehmen lassen. Dazu sind sie viel zu mächtig, viel zu gut global aufgestellt und mit der Politik vernetzt (Beispiele: Wolfgang Schüssel ist Aufsichtsrat des deutschen Energieriesen RWE und Kuratoriumsmitglied der Bertelsmann-Stiftung; die „Insider“ zogen bereits vor dem Crash ihr Vermögen von Zypern ab). Die Erfahrung zeigt, dass die ganz Großen und Reichen immer Mittel und Wege finden, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Dass die EU unsere politische und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit in jeder Hinsicht stark einschränkt, ist inzwischen wohl für alle, die es sehen wollen, bittere Realität.

Daher wiederholen wir zum x-ten Mal,

**Die EU ist nicht Europa!  
Sprengen wir die Ketten der EU !!**



tisch gewählten Organe Zyperns durften dazu nur Ja und Amen sagen. Wenn das Vorgehen auch insgesamt einen unkoordinierten Eindruck machte, dürfen wir dennoch annehmen, dass es **mit voller Absicht** geschah. **Man wollte an einem kleinen Land austesten, wie die völlige Entmachtung und Entwürdigung eines EU-Mitglieds vor sich geht** (mit Entwicklungsländern hatte man schon Erfahrungen) und wie die Bevölkerung darauf reagiert, ob es z. B. zum gefürchteten Banken-Run kommt oder nicht. Der

geht also letztlich nicht um ein gerechteres Steuersystem, sondern um die **Mobilisierung der letzten Reserven privaten Vermögens zugunsten eines verkehrten, auf schnellen Gewinn fixierten, kollabierenden Systems**, das mit allen Mitteln künstlich am Leben erhalten werden soll. Wir können davon ausgehen, dass in der überwiegenden Mehrzahl die Anleger ihre Einkommens- und Gewerbesteuern bereits zur Genüge bezahlt haben. **Das sind keine Kriminellen.**

**Anders ist es bei unrechtmäßig er-**

Wenn hingegen kleine und mittlere Unternehmer, Besserverdienende u. dgl. sich weigern, ihre Lebensersparnisse, **ein zweites und drittes Mal** einem korrupten Staat in den gierigen Rachen zu werfen, um damit die hausgemachten Probleme eines durch exzessive Spekulation aus den Fugen geratenen Finanzsystems

zu lösen, so ist das doch wohl nur allzu verständlich und berechtigt.

Wieso soll es im Zeitalter der Globalisierung nur für internationale Unternehmen durch Wechsel der Standorte die Möglichkeit geben, größere Gewinne zu erwirtschaften, nicht aber für Anleger? **Die Staaten haben es doch in einer freien Marktwirtschaft in der Hand, in einen internationalen Wettbewerb um die besten Rahmenbedingungen und niedrigsten Steuern zu treten.** Wieso tun sie es nicht?

(Fortsetzung auf Seite 4)

Es hat den Anschein, als ob die EU nun ihre heilige Kuh „Kapitalverkehrsfreiheit“, um derentwillen sie doch letztlich gegründet worden ist, schlachten und am Altar einer sozialistischen Finanz-Planwirtschaft opfern wollte. Es handelt sich um äußerst divergierende Grundtendenzen, die hier zutage treten. Sind das die letzten Zuckungen überforderter „Eliten“, die angesichts der globalen Finanzkrise nicht mehr ein und aus wissen, oder gibt es weiter reichende Pläne, von denen sie oder wir nichts erfahren (dürfen)? Zypern zeigt uns, dass sich die EU in einer schweren systemischen Krise befindet. (nos)

*Wer etwas ändern will, sucht Wege,  
Wer nichts ändern will, sucht Gründe.*

Heinrich Wohlmeyer

## Sind Steuerprivilegien für Sportler gerecht?

Der Salzburger „Stratosphärenspringer“ Felix Baumgartner hat seinen Wohnsitz in die Schweiz verlegt. Er war nicht damit einverstanden, dass die österreichischen Finanzbehörden ihn nicht als Sportler einstufen und er dadurch nicht in den Genuss eines privilegierten Steuersatzes von 17 % (!) kam. Seine risikoreichen und werbewirksamen Aktionen galten ihnen nicht als Sport. Er war auch nicht damit einverstanden, dass der damalige Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka nicht mehr seine „schützende Hand“ über ihn halten konnte oder wollte und ihm dadurch eine saftige Nachzahlung drohte. *Quelle: Die Presse, 14. 5. 13*

*Wir vom Neutralen Freien Österreich finden es nicht akzeptabel, dass Spitzensportler, die sich in den höchsten Einkommenssphären bewegen, die u.U. 10 Millionen Euro und mehr pro Jahr einstreifen, auch noch mit Steuerprivilegien belohnt werden.*

*Wenn es wahr ist, wie ihnen der ehemalige Finanzminister Grasser, auf den diese Regelung zurückgeht, unterstellte, dass ihnen Geld wichtiger ist als ihr Vaterland, dann sollen sie es als Sportler auch nicht mehr vertreten dürfen. Wir fordern, dass auch für sie die allgemeine Steuerprogression zu gelten hat. Sie können sich auch so noch ein luxuriöses Leben leisten.*

## Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Empörung in Europa – Wege aus der Krise**, Dr. Heinrich Wohlmeyer, Prof. für Ressourcenökonomie und Umweltmanagement an der Bodenkultur-Universität in Wien gibt eine Handlungsanleitung für einen gewaltfreien, aber mutigen und konstruktiven Aufstand der Bürger. ISBN 978-3-85052-320-2.
- **Der Anglizismen-Index**, sowohl als Buch wie als Netzausgabe, ist ein Nachschlagewerk für Anglizismen, die in der deutschen Allgemeinsprache verwendet werden; er benennt Synonyme oder liefert Vorschläge für deutsche Entsprechungen. Er wird laufend aktualisiert und weist gegenwärtig rund 7.500 Einträge auf.  
Mehr unter: <http://www.vds-ev.de/aindex-thema>
- **Stiftung für Familienwerte**. Auf dieser Netzseite werden wertvolle Tipps und Informationen gegeben, über die Werte von Familie. Zusammengefasst: Für mehr Bindung, für Kinder und eine ausgeprägte Familienkultur. Familie macht Sinn...und glücklich!  
Mehr unter: [www.stiftung-familienwerte.de](http://www.stiftung-familienwerte.de)
- **Kinder brauchen Mütter**. Von einem Buch, das nicht erscheinen sollte. Autorin: Hanne K. Götze  
<http://info.kopp-verlag.de/>
- **Paneuropa, die Vereinigten Staaten von Europa - oder wie eine falsche Idee zur erzwungenen Realität werden soll**. Gastkommentar von Doz. Dr. Friedrich Romig über "Paneuropa"  
Mehr unter: <http://www.andreas-unterberger.at/>

## Wussten Sie.....?

### Aufweichungen der Neutralität nicht tolerieren!

Wir wenden uns gegen die systematische Aushöhlung des Neutralitätsgesetzes von 1955 und verlangen seine uneingeschränkte Wiederherstellung. Alle bisherigen „Aushebelungsgesetze“, z.B. der Kriegsermächtigungsartikel 23f, beschlossen am 18. Juni 1998 (Beteiligung an EU-Kriegen) Entsendegesetz 1996, Truppenaufenthaltsgesetz 2001, Nato-Truppenstatut 1998, EU-Truppen-Statut 2004, §320 Strafgesetzbuch, PfP -Vertrag mit der Nato, u.a.. sind unverzüglich aufzuheben.

*Kleine neutrale Länder können für den Frieden  
— vermittelt —  
unendlich mehr tun als die großen.*



Ausländische Panzerfahrzeuge in Innsbruck im Feber 2013. Das erinnert sehr an die Besatzungszeit von 1945 bis 1955.

## EU plant Propaganda-Patrouille

Dem Daily Telegraph gelang es, an „Politische Richtlinien für eine institutionelle Informations- und Kommunikationskampagne“ der EU zu gelangen. In diesem als vertraulich gekennzeichneten internen Papier – zu dem man im EU-Parlament bislang keine Stellungnahmen abgeben möchte – wird beschrieben, wie „institutionelle Kommunikatoren“ die öffentliche Meinung im Internet mit Hilfe von „Werkzeugen“ beobachten und beeinflussen könnten. Sie sollen bereits „in einem frühen Stadium“ herausfinden, ob „EURO-skeptische Debatten“ auf Twitter, in Facebook, in Foren und in Blogs ein „Potenzial haben, Interesse von Medien und Bürgern auf sich zu ziehen“.

Das Vorhaben ist nicht das einzige, mit dem die EU in letzter Zeit medienpolitisches Aufsehen erregt: Ende Jänner war bekannt geworden, dass man in Brüssel plant, in allen Mitgliedsländern „Medienräte“ einzuführen und mit der Befugnis zur Verhängung von Strafen und zur „Suspendierung“ von Journalisten auszustatten. Diese Medienräte sollen von der EU-Kommission kontrolliert werden, um sicherzustellen, dass sie „europäischen Standards folgen“.

Nigel Farage, der Vorsitzende der britischen Independence Party (UKIP), der seine und andere nicht etablierte Parteien als potenzielles Ziel solch einer Politik sieht, erkannte in dem Vorschlag Ähnlichkeiten zu George Orwells 1984. Noch deutlicher wurde der Tory-Abgeordnete Douglas Carswell, der meinte, er hätte so etwas im Iran, aber nicht in der westlichen Welt erwartet und gehe nun endgültig davon aus, dass das „Europäische Projekt“ mit einer freien Gesellschaft unvereinbar ist.

Quelle und gesamter Artikel hier: [m.heise.de/tp/blogs/8/153684](http://m.heise.de/tp/blogs/8/153684), 6.2.2013

## Gold-Initiative

Am 20. März konnte die Schweizer Volksinitiative „Rettet unser Schweizer Gold“ die geforderten 100.000 Unterstützungen bei der zuständigen Behörde einreichen.

Auf ihrer Netzseite beklagt sie, dass die Währungspolitik der Schweiz dem Trend der Zeit gefolgt ist und in den vergangenen Jahren Gold laufend verkauft hat. Sie möchte die Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigieren. Deshalb fordert sie:

- keine weiteren Goldverkäufe
- alle Goldreserven sind in der Schweiz zu lagern
- die Schweizer Nationalbank muss mind. 20 Prozent der Währung mit Gold gedeckt halten.

Einen Erfolg konnten die Betreiber der Goldinitiative bereits verbuchen: Der Präsident der Schweizer Nationalbank sah sich durch sie veranlasst, den Lagerort

der Schweizer Goldreserven preiszugeben. Die Schweizer Bevölkerung hat aufgeatmet, als sie erfuhr, dass keine Goldreserven in den USA lagern, denn sie erinnert sich noch an das Jahr 1941. Damals blockierten die USA alle Goldreserven und Guthaben der neutralen Länder, die sie in dieser kritischen Weltlage dringend gebraucht hätten.

Die Deutsche Bundesbank versucht seit zwei Jahren ihre Goldreserven in den USA zu sehen und zu zählen, was ihr von den US-Behörden bis heute verweigert wird!

In Österreich darf die Bevölkerung nicht einmal erfahren, wo wieviel Gold lagert.

(Quellen: goldinitiative.ch; Z-F, 6.5.2013)

**Es wäre dringend an der Zeit, die berechtigten Forderungen dieser Schweizer Initiative auch in Österreich umzusetzen.**



## Wollen wir uns den Luxus eines „Ersatzkaisers“ leisten?

Die Schweiz macht es vor. Dort betragen die Kosten für das Amt des Bundespräsidenten (das ein Regierungsmitglied ausübt) nicht einmal ein Zehntel der Kosten unseres „Ersatzkaisers mit Gefolge“ (63 Beamte plus 16 Vertragsbedienstete):

Allein die Personalkosten betragen ca. 7,6 Millionen Euro im Jahr!

**Einsparungen bei Politikern statt beim Volk!**

## Was die Familie, den Raum für Geborgenheit, zerstört

„Die Familienpolitik versucht heute demagogisch Kinder als reinen Kostenfaktor darzustellen, der den Eltern materiellen oder beruflichen Verzicht abverlangt. Die Finanzierungslogik der Bürokratie wird hier auf die Zivilgesellschaft übertragen. Gerade so, als ginge es bei der Gründung einer Familie heute im Kern um materielle Fragen und nicht um Fragen der Einstellung, der Werte und des persönlichen Glücks“, meint der Zürcher Finanzwissenschaftler und Publizist Pierre Bessard.

Und der ehemalige deutscher Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm äußert sich dazu folgendermaßen:

„Die Kernfunktionen der Familie werden heutzutage ausgelagert. Wir befinden uns mitten im Großversuch. Die Erziehungsexperten treten schon kurz nach der Geburt des Kindes an die Stelle der Eltern. Fortpflanzung und die Geburt selbst lassen sie auch noch „ourtsourcen“(auslagern), notfalls im Reagenzglas.“

## Frankreich in der EU – das Zünglein an der Waage



„Das gnadenlose Melken der Steuerzahler im EU-Norden wurde möglich, als sich das neuerdings sozialistisch regierte, ebenfalls dem Staatsbankrott entgegentalende Frankreich auf die Seite des überschuldeten Südens schlug und damit die Zahler-Länder innerhalb der EU in die Minderheit versetzte. Die Pleitiers haben dort jetzt die Mehrheit, die noch Vermögenden haben nur noch zu bluten.“

(Quelle: Aussage von Ulrich Schliier, Schweizer Alt-Nationalrat)

## Saatgutverordnung der EU

Die angekündigte neue Saatgutverordnung zeigt nicht zum ersten Mal ein Handlungselement der Europäischen Union auf, welches weitab von den Bedürfnissen der Bürger und der notwendigen Transparenz liegt. Es wird eine Vorlage auf den Weg geschickt, bei der Grund zur Annahme besteht, dass sie hauptsächlich im Interesse von Lobbyisten zustande gekommen ist. Anscheinend hat man von vornherein mit Protesten dagegen gerechnet und rudert nun, unter dem Kalkül, „zwei Schritte vorwärts, einer zurück“ beschwichtigend zurück.

Die gleiche Vorgangsweise war auch bei der Wasser-Privatisierungs-Richtlinie zu beobachten. Gegen diese EU-Pläne haben sogar Parlamentsparteien, denen ihre EU-Treue normalerweise über alles geht, Widerstand angekündigt. Es müsste daher auch bei diesen schön langsam die Erkenntnis reifen, dass die tief verwurzel-

*Eigenes Essen anbauen,  
das ist wie eigenes Geld drucken.  
(Urheber unbekannt)*

ten, identitätsstiftenden Gegebenheiten in den europäischen Regionen und Staaten dem zentralistischen Gebilde in Brüssel ein Dorn im Auge sind. Dieser Umgang mit den Unionsbürgern wirft ein schräges Licht auf das vielzitierte, aber kaum hinterfragte „Friedensprojekt Europa“. Die EU versucht ja ständig, natürlich unter massivem Sperrfeuer der meisten Medien, ihre internen, systembedingten Krisen in die Forderung nach noch mehr Gleichschaltung (z. B. zentralistische Wirtschaftsregierung), letztlich nach einem EU-Bundesstaat, umzumünzen. Die propagierte These, dass die lange Friedensperiode nach dem 2. Weltkrieg ein Verdienst der EU sei, erscheint mir durch nichts belegbar. Vielmehr ist festzustellen, dass zentralistisch verwaltete Staategebilde von inneren Konflikten besonders bedroht sind.

(Georg Weigl, Salzburg)

## Bauverbot für Gotteshäuser in Saudi Arabien, „König Abdullah-Zentrum“ in Wien erwünscht. Österreichs Regierung fehlt das nötige Rückgrat

Der saudi-arabische Justizminister Al-Issa hat bei einem Treffen in Brüssel am 24.3.2013 vor dem außenpolitischen Ausschuss im EU-Parlament erklärt: „Das Königreich Saudi Arabien - als Wiege der heiligen Stätten des Islam - könne die Errichtung von Gotteshäuser anderer Religionen nicht erlauben. Der Minister bestätigt nur was längst bekannt ist und praktiziert wird. Damit werden aber die fadenscheinigen Argumente für das „König Abdullah-Zentrum“ in Wien, für das unsere Regierung gestimmt hat, als Lüge entlarvt. **Unsere Regierung macht gemeinsame Sache mit Wahabiten!** Mit dem „König Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog“ in Wien, einem trojanischen Pferd des fundamentalistischen Islams, macht sich unsere Regierung zum Kumpan von Islamisten!

Wer hat sich nicht alles bei uns maßlos aufgeregt, als die Schweizer für ein Minarettverbot stimmten! Es war von vorn herein klar, was die Saudis da im Sinn haben, auf jeden Fall keine „Liberalisierung“. Dazu brauchen sie kein Dialogzentrum, da genügt eine Pressekonferenz des zuständigen Ministers und die Welt nimmt das mit Freude zur Kenntnis. Der Sinn kann nur in gegenseitigem „Händewaschen“ liegen. Die Saudis wollen die Moslems in Österreich und in Europa bekehren, sprich fundamentalisieren und andererseits haben die Saudis „Geld wie Öl“.

(Alwin Häle, Muntlix)

## Segnungen der EU – Schengen und offene Grenzen

Die völkerverbindende EU-Politik der offenen Grenzen und des freien Warenverkehrs, haben es nicht nur ermöglicht

- dass Schlepperbanden Wirtschaftsflüchtlinge, die auch der Segnungen der EU-Sozialstaaten teilhaftig werden wollen, frei einreisen können,



Univ.-Prof. Dr. Hans Klecatsky

Der ehem. Justizminister übt auf der NFÖ-Bundesversammlung am 11.Mai heftige Kritik an der EU und den Obersten Gerichten: **„Verfassungsgerichte kapitulieren in ganz Europa!“**

- dass Einbrecher mit dem erbeuteten Diebstahl, so schnell als möglich wieder in ihre Herkunftsländer kommen können, um es zu verhökern,
- dass organisierte Bettlerkolonnen, auch aus Moldavien, weil mit rumänischen Pässen zu EU-Bürgern gemacht, ihre Aufträge in einem westlichen Land erledigen können,
- dass der freie Warenverkehr nicht mehr nur auf Kartoffeln beschränkt, die zum Waschen und Schälen nach Sizilien transportiert werden – nein die EU macht es möglich, dass subventioniertes Pferdefleisch aus Rumänien so lange in Europa mit Billig-LKW's (ohne Fahrtschreiber) transportiert wird, bis aus dem Pferdefleisch Rindfleisch geworden ist, welches zu einem höheren Preis an die Konsumenten verkauft werden kann.

Es fehlt eigentlich nur die Werbebotschaft der EU: „Machen Sie Urlaub im Osten – ihre Autos, Fernseher und andere Wertgegenstände sind schon da – wir benötigen jetzt nur noch Ihr Geld als Tourist“, im Sinne der völkerverbindenden Umverteilung à la EU.

Der geplagte europäische Steuerzahler versucht es mit Humor zu tragen und flüchtet sich in den sarkastischen Humor: „Wer reitet so spät durch Nacht und Wind, es ist die Lasagne ohne Rind.“

(John F. Edmaier, Wien)

## Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

### Sicherung der Wasserversorgung durch Volksabstimmungen in den Vorarlberger Gemeinden

Die Initiative „Mehr Demokratie – Vorarlberg“ plant für das kommende Jahr die Abhaltung von Volksabstimmungen in allen Vorarlberger Gemeinden mit eigener Wasserversorgung. Durch dieses Plebiszit soll abgesichert werden, dass der Gemeindevorstand die Wasserversorgung nicht eigenmächtig an Private verkaufen darf, wie es in Deutschland, Frankreich, Spanien bereits geschehen ist.

Übrigens haben auch in Tirol Gemeinden bereits Wasserrechte (30 Bäche über Cross Boarder Leasing-Verträge der

TIWAG) ohne Zustimmung der Bevölkerung an US-Investoren „verkauft“ bzw. verleast und zurück geleast und dürfen sie nach Ablauf einer 125 Prozent Restlebensdauer – beim größten Kraftwerk Sellrain-Silz sind das 94 Jahre(!) – wieder zurückkaufen. (fd)

Mehr unter:

<http://www.dietiwag.at/index.php?id=2150>

**Wir hoffen, dass die Vorarlberger Pläne auf alle Bundesländer ausgedehnt**

**werden, damit größerer Schaden abgewendet werden kann. Es scheint paradox, ist aber eine traurige Tatsache: Sauberes Wasser, unser wichtigstes Lebensmittel, ist durch Politiker in Gefahr.**

**Wenn 14 Kraftwerke und 30 Bäche im Eigentum eines Bundeslandes am Volk vorbei (!) verschachert worden sind, muss man langsam von „gefährlichen Politikern“ sprechen.**



**Dr. Yvette Estermann**

Die Schweizer Nationalrätin schilderte in ihrem Gastreferat auf der NFÖ-Tagung in Innsbruck mit Begeisterung die Vorzüge der Direkten Demokratie ihres Landes.



### Island wendet sich von der EU ab



Bei der Parlamentswahl am 27. April haben die Isländer eine Regierung mit klarem Kurs gegen die (von der sozialdemokratischen Vorgänger-Regierung) schon beantragte EU-Mitgliedschaft gewählt. Der konservative Wahlsieger Bjarni Benediktsson will die Beitrittsverhandlungen mit Brüssel abbrechen.

Quelle: FAZ.net, 28.4.2013

**Es gibt noch Politiker – vor allem im Norden Europas – die sich von Brüssel nicht kaufen lassen.**

### Eine „Alternative für Deutschland“ jenseits des EURO-Wahns

Auf ihrer Netzseite titelt die neue Partei provokativ: „Schluss mit dem Euro“. Sie bezeichnet die Einführung des Euro als eine fatale Fehlentscheidung für Deutschland, die unser aller Wohlstand bedroht.

Die neue Partei, die auch zur Bundestagswahl im September antreten will, fordert eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes und die Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabilerer Währungsverbände.

Zu den Unterstützern der Partei „Alternative für Deutschland“ gehören viele Wirtschaftsprofessoren. Auch der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, findet sich auf der Unterstützerliste. Quelle: t-online.de, 12.3.2013

### Kampfansage an Anglizismen

„Nietenhosen“ statt „Jeans“, „Schundfraß“ statt „Junkfood“: Der Wiener Verein „Muttersprache“ setzt sich für die deutsche Sprache ein und versucht für englische Ausdrücke Alternativen anzubieten. Im Anglizismen-Index hat man rund 7.000 englische Begriffe erklärt und eingedeutscht.

Der Verein Deutsche Sprache hat es sich mit dem „Anglizismen-Index“ zum Ziel gesetzt, Anglizismen in der deutschen Sprache ausfindig zu machen, zu bewerten und wenn möglich, deutsche Begriffe oder Synonyme zu liefern.

Wenn dann aus dem britischen „Pub“ das „Beisl“ wird und der österreichische „Diskonter“ den amerikanischen „discounter“ ersetzt, wird auch der Beitrag Österreichs zu dem Projekt klar. Erstmals fungiert bei der soeben erschienenen neuen Auflage 2013 der Wiener Verein Muttersprache auch als Mitherausgeber.

„Es geht uns darum, auf unverkrampfte, spielerische, aber doch seriöse Weise Alternativen für Wörter anzubieten, die sich aus dem angloamerikanischen hereingedrängt haben“, sagte Norbert Prohaska, Geschäftsstellenleiter des Vereins Muttersprache in Wien, gegenüber ORF.at. Der Germanist will jedoch keine Wörter verbieten.

Stattdessen möchte er den Index im ursprünglichen Wortsinn, also als Sammlung, verstanden wissen. „Wir wollen deutsche Begriffe anregen, vorschlagen oder selbst schaffen, um der uferlosen Veranglisierung der deutschen Sprache Einhalt zu gebieten“, so Prohaska. Dass sich der Verein an dem Projekt beteiligt, sei nur logisch. „Die Probleme der deutschen Sprache beschränken sich ja nicht auf Berlin und Bern.“

Quelle: Orf.at, 9.4.2013



## Auf der Bundesversammlung in Innsbruck wurde ein neues Mitglied in den Bundesvorstand gewählt.



Bernhard Scheurecker

Bernhard Scheurecker aus Schärding/OÖ übernimmt die Aufgaben eines Stellv. Schriftführers.

**Wir gratulieren herzlich und wünschen viel Freude am Dienst für unser schönes Österreich und seine Bürger.**

*Der Bundesvorstand setzt sich nun zusammen aus den Mitgliedern:*

- Prof. DI. Rudolf Pomaroli , Obmann, Polling i. T.
- Gerald C. Grüner, Stellv. Obmann, Wien
- Siegfried L. Eder, Schriftführer, Prutz a. Inn
- Bernhard Scheurecker, Stellv. Schriftführer, Schärding
- Mag. Norbert Steiner, Finanzreferent, Salzburg
- DDI. Max Ortner, Stellv. Finanzreferent, Salzburg
- DI. Dr. Fritz Danner, Partner-Organisation NEU, Dornbirn
- Peter Menghin, Plattform f. Direkte Demokratie, Innsbruck



Mahnfeuer in Salzburg 2012

### **Feuer in den Alpen**

Mahnfeuer brennen in diesem Jahr  
am **Samstag, 10. August 2013**

Mit diesen Höhenfeuern wird alljährlich ein eindrückliches Zeichen gesetzt für die Erhaltung des natürlichen und kulturellen Erbes des Alpenraumes. **Machen Sie mit!**

Im Jahr 2012 hat das Neutrale Freie Österreich speziell die Forderung nach Volksabstimmungen eingebracht.

Wer mitmachen will, möge sein Feuer auf der Netzseite [www.feuerindenalpen.com](http://www.feuerindenalpen.com) bekanntgeben oder Siegfried Eder, 6522 Prutz a. Inn, Kaunergratweg 14, Tel: 05472-6008 oder 664-73472660 E: [ederbus@aon.at](mailto:ederbus@aon.at) kontaktieren.

## VERANSTALTUNGEN & TERMINE

### **Monatstreffen NFÖ Tirol**

Landesgruppe „Neutrales Freies Österreich“

jeden 2. Donnerstag im Monat; 19 Uhr  
im Restaurant „Löwenhaus“, Innsbruck, Rennweg 5,  
Gäste willkommen.

Infos unter Telefon 0699-10086924 oder 05238-86243

• • •

### **Stammtisch NFÖ Wien**

Landesgruppe „Neutrales Freies Österreich“

jeden 3. Dienstag im Monat ab 19 Uhr,  
im Cafe „Wunderer“, Hadikg 23, 1140 Wien,  
Infos unter Telefon 0676-4065409, Gerald Grüner

• • •

### **Orientierungsfahrt nach Hiefiau / Stmk.**

20. – 23. Juni 2013

Beginn 18 Uhr: GH International, 8920 Hiefiau

**21.6.:** Besichtigung d. Bahnhofs u. Köhlerzentrums in Hiefiau  
sowie des Nationalpark-Erlebnis zentrums.

**22.6.:** Besichtigung d. Erzbergs /Eisenerz, Bergwanderung  
auf d. Hochturm (Präbichl), Erzbg.-Bahntrasse

**23.6.:** Programm nach Absprache vor Ort.

Zimmer-Reserv. im GH International, Tel: 03634-675  
Infos unter Tel: 05472-6008, [ederbus@aon.at](mailto:ederbus@aon.at) (S. Eder)  
oder Tel: 03612-30747 (M. Unterberger).

## **Wir bitten um Ihre Unterstützung**

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

**Bitte Adressenänderung frühzeitig bekannt geben. Teilen sie uns bitte, - wenn möglich - auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!**